



Niederschrift Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.08.2013
Sitzungsbeginn:	21:15 Uhr
Sitzungsende:	22:05 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	ULF/023/13

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöfferstadt Gernsheim für den Zeitraum 2011-2016
(1. Nachtragshaushalt 2013)
Vorlage: 0137/S/13
- 3 Beratung und Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 0138/S/13
- 4 Prüfantrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld zum Thema "Zentrale Energieversorgung in Allmendfeld"
Vorlage: 0024/S/13
- 5 Maßnahmen zum Projekt "100 Kommunen für den Klimaschutz"
hier: Berichts Antrag der Fraktion GuD vom 23.03.2013
Vorlage: 0058/S/13
- 6 Baumbestand (Pappeln) am Winkelbachknie in Klein-Rohrheim;
hier: Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion vom 24.07.2013
Vorlage: 0164/S/13
- 7 Grundwassereintrag Kiesloch
hier: Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 29.07.2013, eingegangen am 30.07.2013
Vorlage: 0165/S/13

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr Vorsitzender Marco Piscopia begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden

festgestellt, Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Vorsitzender Piscopia stellt fest, dass folgende Damen und Herren Stadtverordneten im Ausschuss stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Die Herren Liebig, Gils, Kaspar
Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Piscopia
Für die SPD-Fraktion: Herr Kramer
Für die FWG-Fraktion: Herr Weyrauch
Für die Fraktion GuD. Frau Wolter

1 Bericht des Magistrats

Im Rahmen des Magistratsberichts informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgende Punkte:

1.1 Kiesloch Badesees

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass die Wasserpflanzen im Badesees –auch im Uferbereich- zwischenzeitlich gemäht wurden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf € 3.600,00. Durch das Unternehmen Plocher könnten die Wasserpflanzen auch durch einen Spezialtaucher besprüht werden, um ein schnelles Wachstum zu verhindern. Die Kosten hierfür würden allerdings € 7.600,00 betragen.

Weiterhin teilt er mit, dass lt. Aussage von Herrn Plocher die alte Mitteldosierung zum ursprünglich vereinbarten Preis erfolgt. Er betont nochmals, dass die Mittelhalbierung, so wie es Herr Plocher in der letzten Sitzung des HFA am 11.06.2013 dargestellt hatte, zwischen der Stadt Gernsheim und ihm nicht vereinbart wurde. Am 21.08.2013 werde ein Gespräch zwischen Herrn Bürgermeister Burger und Herrn Plocher stattfinden. Er werde in der morgigen Sitzung des HFA sowie in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.08.2013 entsprechend berichten.

Die Tagesordnungspunkte 2+3 werden gemeinsam zur Beratung aufgeschlossen, die Abstimmung erfolgt anschließend getrennt.

2 Beratung und Beschlussfassung über das Investitionsprogramm der Schöffersstadt Gernsheim für den Zeitraum 2011-2016 (1. Nachtragshaushalt 2013) Vorlage: 0137/S/13

Zum Investitionsprogramm der Schöffersstadt Gernsheim für den Zeitraum 2011-2016 wird seitens der CDU-Fraktion folgender Änderungsantrag vorgelegt:
Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Unter Produkt 55503 sind in den Finanzplänen 2014 bis einschließlich 2016 jeweils 15.000,-€ aufzunehmen für die Renovierung und Sanierung der Räumlichkeiten des Tierschutzvereins in Klein-Rohrheim zur artgerechten Unterbringung und Haltung der Fund-, Abgabe- und Pensionstiere.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag zur Vorlage 0137/S/13 der CDU-Fraktion: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 1 (GuD)
Enthaltung : -

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt das der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 angepasste Investitionsprogramm für die Jahre 2011–2016.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über die Vorlage 0137/S/13: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 1 SPD, 1 FWG, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : 1 (GuD)
Enthaltung : -

**3 Beratung und Beschlussfassung über die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 0138/S/13**

Der Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim beschließt die vorliegende 1. Nachtragshaushaltssatzung mit allen Anlagen für das Haushaltsjahr 2013.

§ 1

Mit dem Nachtragsplan werden

	erhöht um EUR	vermindert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplans einschließlich der Nachträge	
			gegenüber bisher EUR	auf nunmehr EUR festgesetzt
a) im Ergebnishaushalt				
im ordentlichen Ergebnis				
die Erträge	0	0	22.314.642	22.314.642
die Aufwendungen	0	0	24.099.258	24.099.258
der Saldo	0	0	- 1.784.616	- 1.784.616
im außerordentlichen Ergebnis				
die Erträge	0	0	0	0
die Aufwendungen	0	0	0	0
der Saldo	0	0	0	0
b) im Finanzhaushalt				
aus laufender Verwaltungstätigkeit	0	0	-320.423	-320.423
der Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen				
aus Investitionstätigkeit				
die Einzahlungen	0	0	2.035.512	2.035.512
die Auszahlungen	845.000	0	5.631.150	6.476.150
der Saldo	- 845.000	0	- 3.595.638	- 4.440.638
aus Finanzierungstätigkeit				
die Einzahlungen	0	0	4.725.000	4.725.000
die Auszahlungen	0	0	- 1.904.800	- 1.904.800
der Saldo	0	0	2.820.200	2.820.200

Der Ergebnishaushalt weist einen Fehlbedarf von **1.784.616 EUR** aus.

Der Finanzhaushalt weist einen Zahlungsmittelbedarf von **1.940.861 EUR** aus.

§ 2

Der Gesamtbetrag der bisher vorgesehenen **Kredite** wird nicht geändert.

§ 3

Der bisherige Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird nicht geändert.

§ 4

Der bisherige Höchstbetrag der **Kassenkredite** wird nicht geändert.

§ 5

Die **Gemeindesteuern** werden nicht geändert.

§ 6

Der bisherige **Stellenplan** wird nicht geändert.

§ 7

§ 7 der Haushaltssatzung 2013 bleibt unverändert.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD, 1 FWG)
Nein-Stimmen : 1 (GuD)
Enthaltung -

4 Prüfantrag der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld zum Thema "Zentrale Energieversorgung in Allmendfeld" Vorlage: 0024/S/13

Seitens der CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion im Ortsbeirat Allmendfeld bittet den Ortsbeirat Allmendfeld und die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt Gernsheim zu beschließen, der Magistrat möge prüfen:

Welche Möglichkeiten bestehen

- bei der Sanierung des Alten Rathauses,
- einem möglichen Neubau eines Feuerwehrgerätehauses,
- bei einer möglichen Neugestaltung der Heizungsanlage des Bürgerhauses und
- bei zukünftigen Bebauungen des ehemaligen Raiffeisengeländes, sowie der Liegenschaft der Bundesvermögensstelle

diese Einrichtungen an neu zu schaffende zentrale Energieversorgungen (z.B. Holzhackschnitzelanlage, Blockheizkraftwerk, Photovoltaikanlage, Windkraftanlage etc.) anzubinden.

Darüber hinaus bitten wir zu prüfen, ob eine zentrale Einrichtung oder objektgebundene Einzelanlagen kostengünstiger sein werden im Bau, im Betrieb, in der Wartung und in der Instandhaltung.

Herr Bürgermeister Burger verliest den Sachstandsbericht der Bauverwaltung, in dem von einer möglichen zentralen Energieversorgung abgeraten wird. Dieser aus folgenden Gründen:

Die Heizungsanlage im Bürgerhaus wurde bereits im Jahre 2003 grundlegend erneuert. Die Heizungsanlage entspricht uneingeschränkt dem heutigen Stand der Technik. In den Folgejahren wurde bekanntlich das gesamte Bürgerhaus Allmendfeld energetisch saniert. Das drückt sich seitdem in einer weiteren, deutlichen Reduzierung des jährlichen Heizölverbrauchs aus. Zuletzt wurden ca. 11.000 Liter für eine Gesamtfläche von ca. 1.800 qm Nutzfläche verbraucht – im Jahr 2001 lag der Verbrauch noch bei 22.000 Litern.

Für das geplante neue Feuerwehrgerätehaus ist als kostengünstigste Lösung eine Versorgung mit Flüssiggas vorgesehen. Zu bedenken ist, dass das Gebäude nur temporär genutzt wird und durch die vorgeschlagene Deckenstrahlheizung die Garagen jederzeit frostfrei gehalten werden und die Aufenthaltsräume kurzfristig auf Raumtemperatur erwärmt werden können.

Sollte die Sanierung beschlossen werden, ist für das Alte Rathaus geplant, die vorhandene zentrale Ölversorgung mit Ölöfen gegen eine Zentralheizung in Brennwerttechnik zu ersetzen. Auch hier ist zu berücksichtigen, dass eine grundlegende energetische Sanierung bevorsteht und mit künftig deutlich geringeren Verbräuchen zu rechnen ist. Im Übrigen wurde in 2006 nach Beanstandung des TÜV Hessen der gesamte Tankraum einschließlich neuer Öltanks und Verteilertafel saniert.

Eine Fernwärmeversorgung über eine Heizzentrale bedeutet hingegen einen

massiven baulichen und kostenintensiven Eingriff in die Bausubstanz des Bürgerhauses und des Alten Rathauses sowie der Freiflächen. Aufgrund der geschilderten Gegebenheiten ist nach Ansicht der Bauverwaltung eine erhoffte Amortisation in absehbaren Zeiträumen nicht zu erreichen.

.Herr Bürgermeister Burger weist auf die Kosten bei der Einschaltung eines Fachingenieurs hin, die sich überschlägig auf ca. € 10.000,00 belaufen würden. Abschließend bittet er darum, dass der Antrag in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung als erledigt erklärt wird.

Auch Herr Kaspar ist der Meinung, dass der Prüfantrag hinreichend beantwortet wurde. Er geht davon aus, dass der Prüfantrag in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 28.08.2013 als erledigt erklärt wird.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen.

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

**5 Maßnahmen zum Projekt "100 Kommunen für den Klimaschutz"
hier: Berichts Antrag der Fraktion GuD vom 23.03.2013
Vorlage: 0058/S/13**

Wie bereits durch Herrn Bürgermeister Burger in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.05.2013 mitgeteilt, erfolgt der Bericht in der am 28.08.2013 stattfindenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

**6 Baumbestand (Pappeln) am Winkelbachknie in Klein-Rohrheim;
hier: Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion vom 24.07.2013
Vorlage: 0164/S/13**

Seitens der CDU-Ortsbeiratsfraktion Klein-Rohrheim wird folgender Antrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion Klein-Rohrheim bittet um Unterstützung für Ihr Anliegen, den Baumbestand (Pappeln) am Winkelbachknie in Klein-Rohrheim zu entfernen

Seitens der Stadtverwaltung wurde diesbezüglich mit Herrn Androsch vom Gewässerverband Bergstraße Kontakt aufgenommen. Seine Antwortmail lautet wie folgt:

Vielen Dank für die Mitteilung. Die Pappeln dürften inzwischen ein Alter von mind. 40 Jahren haben und stehen somit nicht erst seit gestern in Deichnähe.

Beim letzten Hochwasser ab dem 31.05.2013 gab es — von den vielen allgemeinen Deichdurchlässigkeiten abgesehen — in diesem Abschnitt keine Erscheinungen, welche wir speziell auf die Pappeln zurückführen. Der nun

aufgeschüttete „Notdeich“ stellt eine deutliche Verstärkung gegenüber dem Zustand von vor dem 31.05.2013 dar und dürfte damit eine gewisse Überdimensionierung nach DIN-Mindestanforderung beinhalten.

Grundsätzlich aber sollen — richtigerweise - aufgrund Durchwurzelungspotential Bäume mit Abstand zum Deich stehen, speziell auch Pappeln, allerdings sehen wir hier keine akute Notwendigkeit, da zum bisherigen Deichfuß ein ausreichend großer Abstand besteht bzw. bestand.

Eine Entfernung von Gehölzen mit dem Hintergrund der Deichstabilität beinhaltet die vollständige Entnahme des Wurzelwerkes, da sonst die Unterspülungsgefahr für den Deich durch abgestorbene Wurzeln erhöht wird. Dies würde bedeuten, das mit Entnahme der dortigen deichnahen Pappeln auch umfangreiche und damit kostenintensive Tiefgrabungen durchzuführen wären.

Dazu sehen wir derzeit (noch) keine Veranlassung.
Das reine Fällen der Pappeln ohne Entfernen des gesamten Wurzelstocks würde die Situation verschlechtern.

Mit diesem Hintergrund ist —vorerst und bis auf weiteres — einem intakten Wurzelwerk (stehenlassen der Bäume) Vorrang zu geben.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Liebig mit, dass er ebenfalls ein Antwortschreiben von einem Mitarbeiter des Gewässerverbandes Bergstraße erhalten habe, das allerdings eine andere Auffassung beinhalte. Bei dem letzten Sturm sei erheblicher Windbruch eingetreten. Mit Hinweis auf die Verkehrssicherungspflicht der Stadt soll dies nochmals mit dem Gewässerverband Bergstraße abgeklärt werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : --
Enthaltung : --

7

Grundwassereintrag Kiesloch

hier: Antrag der SPD-/FDP-Fraktion vom 29.07.2013, eingegangen am 30.07.2013

Vorlage: 0165/S/13

Seitens der SPD-/FDP-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD/FDP-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung Gernsheim zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den Biologen Klemens Gieles (Praxis für Prävention, Umwelt- und Nachhaltige Entwicklung, Mainaschaff) zu beauftragen, um festzustellen, inwiefern das Wasser des Winkelbachs das Kiesloch negativ

beeinflusst.

Im Rahmen der Aussprache vertritt Herr Bürgermeister Burger die Auffassung, dass nicht ein Biologe, sondern ein Hydrologe die Untersuchung durchführen sollte. Dieser sollte mit der Untersuchung der Sedimente beauftragt werden.

Herr Horst-Dieter Kaspar teilt für die CDU-Fraktion mit, dass in regelmäßigen Abständen im Bereich der Bauschuttdeponie Beprobungen des Bodens durchgeführt werden, deren Ergebnisse vielleicht Aufschluss auf eventuelle Belastung des Bodens schließen können. Weiterhin schlägt er vor, den Antrag der SPD-/FDP-Fraktion auf die nächste Sitzungsrunde zu schieben, um weitere Erkenntnisse diesbezüglich zu erhalten.

Herr Kramer (SPD-Fraktion) erklärt daraufhin, dass er mit der vorübergehenden Zurückstellung des Antrages einverstanden ist, bis eine Beantwortung der Verwaltung erfolgt. Diese ist nach der vorzunehmenden Untersuchung der Sedimente in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft zu liefern.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Vorsitzende

Schifführerin